Pet 1-16-14-560

Standortangelegenheiten
der Bundeswehr

Beschlussempfehlung

Die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Verteidigung – als Material zu überweisen

Begründung

Mit der Petition wird die unverzügliche Einstellung der Nutzung des Luft-Boden-Schießplatzes Nordhorn begehrt. Hilfsweise soll nach alternativen Standorten für den militärischen Übungsbetrieb gesucht werden.

In einer Petition, zu der 35 Unterschriften eingereicht wurden und weiteren Einzelpetitionen, die wegen des Sachzusammenhangs in die parlamentarische Prüfung einbezogen werden, wird im Wesentlichen Folgendes ausgeführt: Die Bürger im Landkreis Graftschaft Bentheim seien durch die militärische Nutzung des Luft-Boden-Schießplatzes Nordhorn-Range einer unerträglichen Lärmbelästigung ausgesetzt. Ferner beklagen sie im Hinblick auf die Ereignisse in Fukushima die möglichen Gefahren eines Flugzeugabsturzes in ein nahegelegenes Kernkraftwerk.

Mit den festgelegten Fluglärmszonen seien planungsrechtliche Restriktionen für die angrenzenden Kommunen verbunden. Das bedeute eine gravierende Einschränkung der grundgesetzlich gewährleisteten Selbstverwaltungsgarantie der betroffenen Städte und Gemeinden und behindere die städtebauliche Entwicklung. Darüber hinaus würden durch den Flug- und Schießbetrieb die Bemühungen des Landkreises Graftschaft Bentheim, sich in einer strukturschwachen Region als Wirtschaftsraum weiterzuentwickeln, nachhaltig beeinträchtigt. Sei man bisher damit getröstet worden, mit der Inbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes Wittstock würde es zu einer gerechteren Verteilung der Lärmbelästigungen kommen, müsse man nach der Ent-

noch Pet 1-16-14-560.

scheidung des Obergerichtes (OVG) Berlin-Brandenburg vom 27. März 2009 eher mit einer Verschlechterung der Situation rechnen. Das OVG Berlin-Brandenburg habe die Berufungen der Bundesrepublik Deutschland gegen drei Urteile des Verwaltungsgerichtes Potsdam zur militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock als Luft-Boden-Schießplatz zurückgewiesen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass alle Argumente gegen den Schießplatz Wittstock auch auf den Schießplatz Nordhorn zuträfen. Im Unterschied zu Wittstock sei die Fläche dort acht mal so groß, die Bevölkerungsdichte rund um den Schießplatz Nordhorn aber sehr viel höher (146 zu 42 Einwohner pro Quadratkilometer). Zudem befänden sich in der Anflugschneise das Kernkraftwerk Emsland und mehrere Seveso-II-Betriebe, so dass die Belastungen und Gefahren im Bereich Grafschaft Bentheim/Emsland ungleich größer als in Wittstock anzusetzen seien. Darum fordere man grundsätzlich auch, die weitere Nutzung des Luft-Boden-Schießplatzes Nordhorn unverzüglich einzustellen. Hilfsweise sei innerhalb eines zumutbaren Zeitrahmens nach alternativen Standorten für den militärischen Übungsbetrieb zu suchen.

Die Petenten untermauern ihre Forderung mit einem Verweis auf Beschlüsse des niedersächsischen Landtages aus den Jahren 1999, 2001 und 2005, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, den Schießplatz aufzugeben. Zur weiteren Unterstützung ihres Anliegens verweisen sie auf Gemeinschaftsinitiativen des Landkreises Grafschaft Bentheim mit der Stadt Nordhorn, der Samtgemeinde Schüttdorf und der Gemeinde Wietmarschen sowie auf eine Resolution der Gemeinde Georgsdorf und ein Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Geeste an den Deutschen Bundestag.

Wegen der Einzelheiten wird auf die von den Petenten eingereichten Unterlagen verwiesen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der Stellungnahmen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und des Bundesmi-

noch Pet 1-16-14-560-

nisteriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie der bei einem Orts-termin gewonnen Erkenntnisse wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss hat für das in der Petition vorgetragene Anliegen Verständnis. Am 17. November 2010 hat sich eine Delegation des Ausschusses bei einem Besuch auf dem Gelände des Übungsplatzes einen Überblick über die Lärmemissionen verschafft und anschließend gemeinsam mit den Petenten, Vertretern des BMVg sowie Vertretern der „Notgemeinschaft Nordhorn-Range e.V.“ und weiteren Gästen die bestehenden Probleme erörtert.

Insbesondere mit Blick auf die Nichtinbetriebnahme des Truppenübungs- und Luft-Boden-Schießplatzes Wittstock, weist der Ausschuss darauf hin, dass die Konsequenzen daraus nicht allein zulasten einer anderen Region gehen können.

Der Ausschuss begrüßt jedoch auch die bereits vollzogenen Maßnahmen zur Lärmreduzierung. Soweit die Notwendigkeit des Übungsbetriebes für Soldatinnen und Soldaten besteht, da diese vom Deutschen Bundestag in internationale Einsätze entsandt werden, sollen dafür alternative Möglichkeiten geprüft werden.

Der Ausschuss hat zur Kenntnis genommen, dass seit der Übernahme des Luft-Boden-Schießplatzes Nordhorn durch die Bundeswehr im Jahr 2001 eine deutliche Reduzierung der Flugeinsätze vorgenommen wurde. Von zuvor rund 8.000 Zielflügen (2000) wurden in den Jahren 2001 bis 2009 im Schnitt rund 3.100 Zielflüge pro Jahr durchgeführt, mit sinkender Tendenz. So lag die Anzahl der erfolgten Zielflüge bis Ende Oktober 2010 bei 1.426. Zudem wurde eine Fluglärmkommission für den Bereich Nordhorn eingerichtet, deren Aufgabe darin besteht, den Informationsaustausch zwischen den Vertretern der Gebietskörperschaften der betroffenen Kommunen und Gemeinden, den zuständigen militärischen Dienststellen sowie der „Notgemeinschaft Nordhorn e.V.“ zu intensivieren, Lärmbelastungen zu verringern sowie die Inhalte der „Örtlichen Betriebsanweisung“ (Local Operation Procedure) zur Durchführung der Übungsflüge vor Ort kontinuierlich zu überprüfen. In der genannten Betriebsanweisung werden die Betriebszeiten so festgeschrieben, dass im Rahmen

noch Pet 1-16-14-560-

der Auftragserfüllung auf die Belange der Anwohner weitgehend Rücksicht genommen wird, so beispielsweise durch Flugverbote an Wochenenden, nationalen und regionalen Feiertagen, während der Sommer- und Winterferien des Landes sowie durch spezielle Nachtflugverbote.

Als positiv wertet der Petitionsausschuss außerdem, dass die internen Planungen des BMVg statt der maximal festgelegten 1.000 Luftfahrzeugeinsätze pro Jahr lediglich maximal 750 Einsätze vorsehen. Diese Obergrenze wurde mit rund 250 Einsätzen im Jahr 2010 zudem deutlich unterschritten. Der Ausschuss anerkennt diese in den letzten Jahren für die Betroffenen eingetretene positive Entwicklung.

Zu den Betriebskosten des Luft-Boden-Schießplatzes Nordhorn-Range sowie zu der Anzahl der Einsätze der Bundesluftwaffe beziehungsweise anderer Streitkräfte in Nordhorn wird auf die Antworten des BMVg auf die schriftlichen Fragen von Abgeordneten den Drucksachen 17/2892 (Frage 89) und 17/3008 (Frage 59) verwiesen. In der letztgenannten Drucksache (Frage 62) führt das BMVg zudem aus, dass die für die neue Bundeswehrstruktur notwendigen Entscheidungen nach objektiven Maßstäben, militärisch/funktionalen und betriebswirtschaftlichen Kriterien, attraktivitätsbezogenen Aspekten sowie unter Berücksichtigung weiterer relevanter Faktoren getroffen werden.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung, den Luft-Boden-Schießplatz Wittstock nicht mehr zu nutzen wird das BMVg daher gebeten, zu prüfen, wie bundesweit eine objektiv gerechte Lastenverteilung erzielt werden kann. Hinsichtlich der Einsatzplanung der Luftfahrzeuge wird das BMVg zudem ersucht, die Lärmbelastung über Wohngebieten weiter auf ein verantwortbares Minimum zu reduzieren, insbesondere in den schmalen Flugkorridoren über Wohngebieten. Da sich in der Anflugschneise auf den Standort Nordhorn-Range das Kernkraftwerk Lingen und Störfallbetriebe (Serveso II) befinden, sollte die Einsatzplanung seitens des BMVg nach Ansicht des Petitionsausschusses möglichst so erfolgen, dass eine Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt ausgeschlossen wird.

noch Pet 1-16-14-560

Hinsichtlich des Vorbringens der Petenten bezüglich der Überprüfung der Sicherheitsanforderungen an deutsche Kernkraftwerke mit Blick auf mögliche Flugzeugabstürze stellt der Petitionsausschuss fest, dass die Reaktor-Sicherheitskommission bei der Sicherheitsüberprüfung eine Robustheitsbewertung vorgenommen hat. Bei dem Kernkraftwerk Emsland kommt die Kommission zur Einstufung in den Robustheitslevel 2 und damit in den höchsten, bezüglich des Absturzes von Militärmaschinen möglichen Robustheitslevel. Dies bedeutet, dass bei einem Absturz eines mittelgroßen Verkehrsflugzeuges die Struktur und Funktionsfähigkeit des Kernkraftwerks erhalten bliebe. Der Ausschuss hebt hervor, dass das Kernkraftwerk Emsland damit zu den am besten gegen einen Flugzeugabsturz gesicherten Kernkraftwerken in Deutschland gehört. Gleichwohl weist der Ausschuss darauf hin, dass ein völlig risikofreier Zustand generell nicht erreichbar ist. Der Ausschuss stellt zudem fest, dass die Sicherheitsüberprüfung der Reaktor-Sicherheitskommission in einem sehr engen Zeitrahmen erstellt wurde und bei einigen der vorliegenden Ergebnisse ein weiterer Untersuchungs- oder Bewertungsbedarf ausgewiesen wird. Der Petitionsausschuss begrüßt, dass die Kommission unklare Punkte und offene Fragen zur Klärung in das Arbeitsprogramm aufgenommen hat.

Im Hinblick auf Zwischenlager für bestrahlte Brennelemente wurden Implikationen im Zusammenhang mit einem möglichen Absturz eines Verkehrsflugzeuges bereits im Rahmen des Genehmigungsverfahrens untersucht. Für den Vollzug des Störfallrechts im Hinblick auf Seveso-II-Betriebe sind in Deutschland die Länder zuständig. Die Seveso-II-Betriebe werden in regelmäßigen Abständen überprüft. Der Petitionsausschuss stellt fest, dass der Luft-Boden-Schießplatz Nordhornrange nicht als Flugplatz eingestuft wird, da dort keine Starts und Landungen stattfinden. Spezielle Regelungen für Schießplätze sind sowohl in der Störfall-Verordnung als auch in der Vollzugshilfe zur Störfallverordnung nicht bekannt.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen hält es der Petitionsausschuss im Ergebnis für angezeigt, die Petition der Bundesregierung mit der Empfehlung zuzuleiten, das mit der Petition verbundene Anliegen in die kontinuierliche Prüfung von Möglichkei-

noch Pet 1-16-14-560.

ten zur nachhaltigen Verbesserung der Gesamtbelastungssituation einzubeziehen. Insbesondere ist zu prüfen, ob und wann – im Rahmen einer Gesamtplanung – der Übungsbetrieb an diesem Standort aufgegeben werden kann.

Der Petitionsausschuss empfiehlt deshalb, die Petition der Bundesregierung – dem BMVg – als Material zu überweisen.

Der von den Fraktionen der SPD und DIE LINKE. gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Verteidigung – zur Erwägung zu überweisen und der von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, sind mehrheitlich abgelehnt worden.